

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Wenn die Wirklichkeit stört

Wo: Journal 21

Wer: Carl Bossard

Wann: 19. April 2026

Es gibt Reformen, die die Welt verbessern wollen. Und es gibt Reformen, die vor allem ein hartnäckiges Problem zu lösen versuchen: die Wirklichkeit selbst. Der oberste Schulleiter der Schweiz, Thomas Minder, gehört offenkundig zur zweiten Kategorie. Sein Kampf gegen das Gymnasium kommt als Kampf für mehr Gerechtigkeit daher. In Interviews erklärt er, weshalb Prüfungen ungerecht sind, Selektionen zu früh erfolgen¹ und Noten im Grunde ein Relikt aus einer Zeit darstellen, die längst überwunden ist.

Man muss Minder zugutehalten: Sein Projekt ist kohärent. Wenn man alle Unterschiede für ungerecht hält, dann ist die logischste Konsequenz, sie abzuschaffen. Nicht die Ungerechtigkeit. Die Unterschiede. Was auf den ersten Blick theoretisch wirkt, hat praktische Konsequenzen für die Organisation der Schule.

So gesehen ist die Forderung nach der Abschaffung von Gymnasialprüfungen nur ein erster Schritt.

Wenn Prüfungen als ungerecht gelten, stellt sich schnell die Frage, warum überhaupt bei ihnen Halt gemacht werden sollte. Konsequenter wäre es, auch ihre Resultate zu relativieren – und damit jene Wirklichkeit, die sie abbilden.

Denn diese Wirklichkeit ist derzeit alles andere als beliebig und berauschend. Wie der Bildungsforscher Stefan Wolter im Bildungsbericht Schweiz 2026² nüchtern festhält, sinken die Lernleistungen in weiten Teilen des Schweizer Schulsystems. Nur ein Bereich widersetzt sich dem Trend: das Gymnasium. Dort bleiben die Leistungen konstant. «Konstant gut».³

Der Befund ist unbequem; er passt nicht ins Bild. Denn wenn ausgerechnet dort, wo selektioniert wird, die Leistungen stabil bleiben, während sie anderswo sinken, dann entsteht ein unangenehmer Verdacht: Könnte es sein, dass Selektion nicht nur Ungleichheit produziert, sondern auch Leistungsfähigkeit sichert? Ein zunächst unangenehmer, letztlich jedoch hilfreicher Verdacht. Aber eine solche Frage ist im reformpädagogischen Diskurs ungefähr so willkommen wie ein Taschenrechner im Kopfrechnen.

Doch Thomas Minder denkt weiter. Wenn Selektion ungerecht ist, dann muss sie später stattfinden. Am besten ganz am Ende. Oder noch besser: gar nicht. Alle gehen gemeinsam durch die Schule, möglichst lange, möglichst gleich. So sein unermüdliches Mantra.

Das hat einen bestechenden Charme. Es ist die pädagogische Variante der flachen Erde: Niemand fällt mehr herunter, weil es keine Kanten mehr gibt. Nur bleibt eine kleine Unbequemlichkeit: Die Unterschiede verschwinden nicht, nur weil man sie nicht mehr misst. Sie verlagern sich. Sie zeigen sich später. Oft unangenehmer, ja brutaler. Wer glaubt, man könne Leistungsunterschiede durch institutionelles Wegschauen aufheben, verwechselt Pädagogik mit Magie.

Besonders elegant ist die Argumentation, wonach Prüfungen soziale Ungleichheiten verstärken. Das ist nicht falsch. Aber es ist nur die halbe Wahrheit. Die andere

Hälfte lautet: Ohne überprüfbare Leistungskriterien verstärken sich soziale Ungleichheiten erst recht – nur im Verborgenen. Dann entscheiden nicht mehr transparente Anforderungen, sondern Herkunft, Habitus und das berühmte «Gefühl» dafür, wer wohin gehört.

Mit anderen Worten: Die Abschaffung der Messung schafft nicht Gleichheit, sondern Intransparenz. Die Lernleistung ist der einzig sozialneutrale und damit demokratiegemässe Massstab.

Der vielleicht kühnste Gedanke in Minders Reformgebäude ist jedoch ein anderer: dass Leistung zwar wichtig sei, aber bitte ohne ihre sichtbaren Konsequenzen. Das ist, als würde man den Sport lieben, aber die Rangliste abschaffen. Alle laufen, alle schwitzen, alle geben ihr Bestes – und am Ende sind alle Erste. Ein zutiefst unschweizerischer Traum: der Gipfel ohne Aufstieg – und ohne Anstrengung. Dabei wäre der Ausgangspunkt eigentlich unbestritten: Der Start soll für alle möglichst gleich sein. Die Wege dürfen unterschiedlich sein. Und am Ende sollte zählen, was jemand kann. Das Problem ist nur: «Was jemand kann»

«Wer glaubt, man könne Leistungsunterschiede durch institutionelles Wegschauen aufheben, verwechselt Pädagogik mit Magie.»

lässt sich nicht durch wohlmeinende Erklärungen ersetzen. Es muss festgestellt werden. In der Schule. Möglichst fair, möglichst sorgfältig und – als Ergänzung zu den Noten – in wohlwollender, fördernder Sprache. Aber eben: festgestellt.

Gerade für Kinder aus weniger privilegierten Verhältnissen ist die Schule oft der einzige Ort, an dem Leistung sichtbar und wirksam werden kann. Wer dieses Instrument schwächt, schwächt nicht die Privilegierten, sondern deren Korrektiv.

Man kann die Schule humaner machen, verständnisvoller, differenzierter. Das ist notwendig. Man kann aber nicht

die Realität abschaffen, ohne dass sie sich an anderer Stelle zurückmeldet. Und sie tut das erfahrungsgemäss meist mit weniger pädagogischem Feingefühl.

Die Wirklichkeit ist ein geduldiger Lehrer – aber kein billig nachsichtiger.

¹ in: SonntagsBlick, 05.04.2026, S. 1 ff.

² SKBF (2026). Bildungsbericht Schweiz 2026. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF).

³ Sebastian Briellmann, Erich Aschwanden: Im Bildungswesen toben Verteilungskämpfe. In: NZZ, 24.03.2026, S. 8

Perle 2: Bitte keinen Hüteprozess mit hochtrabenden pädagogischen Floskeln!

Wo: Sonntagszeitung

Wer: Alain Pichard

Wann: 5. April 2026

Der jüngst publizierte Bildungsbericht 2026, für den der Bildungsökonom Stefan Wolter verantwortlich ist, warnt eindringlich vor der Schaffung neuer Kleinklassen. Als Argument führt er vor allem die finanziellen Auswirkungen und den Mangel an ausgebildeten Fachkräften an. Dabei präsentiert er Statistiken und Zahlen, die sich folgendermassen zusammenfassen lassen:

Eine Abkehr von der integrativen Schule würde schweizweit rund 2000 zusätzliche Lehrkräfte erfordern und Mehrkosten von rund 100 Millionen Franken verursachen. Ausserdem erwähnt Wolter, dass nur vier Prozent der Schüler auf sonderpädagogische Massnahmen angewiesen seien.

Offensichtlich werden hier von Herrn Wolter und seinem Staff zwei verschiedene Bereiche nicht scharf genug getrennt und deren ökonomische Folgen diffus wiedergegeben. Es gibt nämlich einen Unterschied zwischen der separativen Schulung und den sonderpädagogischen Massnahmen.

Die Berner Bildungsdirektion stellte in ihrem Bericht vom Mai 2025 fest: «Im Schuljahr 2024/25 ist für rund 80 Prozent aller Schülerinnen und Schüler im Kanton Bern das ordentliche Regelschulangebot ausreichend. Ungefähr 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler erhalten im Rahmen der Regelschule zusätzliche Unterstützung in Form von sogenannten «einfachen sonderpädagogischen Massnahmen», 5 Prozent werden separativ beschult.»

Hinter dieser trockenen Amtssprache versteckt sich ein beträchtlicher Zündstoff. Es wird nämlich zugegeben, dass die von Befürwortern und Gegnern der integrativen Schule je nach Standpunkt begrüsst oder kritisierte Aufhebung der besonderen Klassen gar nie stattgefunden hat. Die ehemaligen Kleinklassen heissen einfach anders: Aquarien, Förderklassen, Lernateliers, Klassen mit besonderem Bildungsbedarf, sonderpädagogische Klassen, Sprachförderklasse, Lernförderklassen, verhaltensunterstützende Klassen, Entlastungsklassen, Aufnahmeklassen (v.a. für neu zugewanderte Kinder), Time-out-Klassen (zeitlich befristet), Entlastungsklassen. Eine besonders kreative Wortschöpfung hat sich die Bieler Schuldirektion ausgedacht. Sie will aus den heute noch bestehenden Kleinklassen das sogenannte Projekt «Rauszeit» entwickeln.

Diese babylonischen Wortkreationen erinnern an Peter Bichsels Glosse «Ein Tisch ist ein Stuhl». Am Schluss soll eigentlich niemand mehr wissen, um was es geht. Eine separative Beschulung! Unter dem Strich hat sich der Anteil der separativ beschulten Kinder kaum verändert. Er betrug schon in den 70er-Jahren in der Schweiz zwischen 5 Prozent (Bern) und 8,4 Prozent (Kanton Zürich).

Zugenommen haben dagegen die Diagnosen: 15 Prozent werden nach obgenannter Definition derzeit im Kanton Bern in sogenannten «integrativen Settings» (was für ein Begriff!) im Regelunterricht zu beschulen versucht. Und auch hier gibt es wunderbare Wortschöpfungen wie Integrative Förderung (IF), Integrative Sonderschulung (ISS),

integrierte sonderpädagogische Massnahmen, reduzierte Lernziele, Nachteilsausgleiche usw.

Unvergessen ist der Beitrag von SRF vom August 2023, in dem die Basler Primarlehrerin Sandra Maître vor laufender Kamera ein Soziogramm ihrer Klasse an die Wandtafel schrieb. Von 22 Schülerinnen und Schülern hatten deren 18 eine Diagnose. Betreut werden diese Kinder mit besonderem Förderbedarf durch ein Heer von Speziallehrkräften, Klassenhilfen, Schulsozialarbeiterinnen und Heilpädagoginnen, je nach Setting in der Klasse parallel oder eben in besagten «Lerninseln».

Das Projekt «Lerninsel» ist der verzweifelte Versuch, die Lehrkräfte zu entlasten. Den auf diese Art verschobenen Kindern und Jugendlichen ist damit wenig gedient. In diesen teilweise chaotischen Strukturen können keine Förderpläne realisiert werden. Denn viele verantwortliche Lehrkräfte haben aktuell gar nicht die nötige Ausbildung, um diese Kinder zu beschulen, geschweige denn, sie gezielt zu fördern. So degeneriert dies viel zu oft zu einem reinem Hüteprozess, mit hochtrabenden pädagogischen Floskeln, und mündet in ein salbungsvolles «Faire-semblant».

Die von Professor Wolter prognostizierte Kostenexplosion ist bereits in vollem Gang. Die bedauernden Werte Berner Regierungsrätin Christine Häslar musste dem Parlament während der Budgetdebatte im November 2025 eröffnen, dass bereits in den Jahren 2022 bis 2024 im besonderen Volksschulbereich rund 150 zusätzliche Klassen eröffnet wurden. Für das Schuljahr 2025/26 kam es zu weiteren 35 Klasseneröffnungen. Sie beantragte daher einen Nachkredit von 77 Millionen Franken. Die Finanzkommission stellte lapidar fest: «Der Bildungsbereich zählt zu den grössten Treibern des Ausgabenwachstums im Kanton Bern.»

Befunde und Diagnosen nehmen rasant zu, die vorgeschlagenen Massnahmen und Betreuungsmethoden ebenso. Begleitet wird diese Entwicklung von einer Abklärungsarmee und implodierenden Fachstellen, die händeringend nach mehr Personal rufen. Die Übersicht hat kaum jemand. Anna-Katharina Zenger, Sekretärin von Bildung Bern, versuchte die bestürzten Grossräte mit folgender Erklärung zu beschwichtigen: «Die «Kostenexplosion» hängt damit zusammen, dass der Bedarf gestiegen ist, dass mehr

Kinder in die besonderen Volksschulen überwiesen werden oder auf sonderpädagogische Massnahmen angewiesen sind.»

In diesem Tsunami der unerfreulichen Zahlen und Entwicklungen, den Berichten von Überforderung und Klagen der Lehrpersonen, mündet die Diskussion in einem fatalen Befund: Die Integration sei gescheitert. Sind die Wellen vorbei und bewegen sich die Diskussionen wieder im flachen Gewässer, so erkennt man einen Untergrund, der etwas anderes zutage fördert als die Blasen aufsteigender Empörung.

Die Integration ist nicht grundsätzlich gescheitert. Die Schule war noch nie so durchlässig, die Klassen noch nie so offen für Kinder mit besonderem Förderbedarf, der

Lehrkörper noch nie so verständnisvoll wie heute. Gescheitert ist die ideologische Wunschprosa der PH-Experten, der Märchen erzählenden Funktionäre der Lehrpersonalverbände, die Geschichte der Masterpläne. Gescheitert ist eine Umsetzung, die die Praxis mit ständig neuen Verordnungen, Reglementen und Vorgaben überzieht.

Es ist keine Frage: Es gibt heute mehr Kinder mit Förderbedarf, es gibt die Spätfolgen von Corona, es gibt die Einwanderung und die Folgen des Medienkonsums. Die Lösung wäre hier aber nicht

die Atomisierung des Lehrkörpers, schrille Vorstellungen von einem selbstorganisierten Unterricht, die Umfunktionalisierung des Klassenzimmers zum Durchgangsbahnhof und die Degradierung der Lehrperson zum Coach. Das ist enorm teuer und produziert eher neue «Fälle», als dass es den Kindern hilft.

Nötig wäre die Reduktion der Lehrpläne, gut ausgebildete Lehrkräfte, an Brennpunktschulen und in schwierigen Verhältnissen im Teamteaching, mehr Ruhe und ein guter Unterricht sowie Lehrer, die möglichst in einem Vollpensum die Verantwortung für das Lernen tragen. Und zu tun, was man versteckt bereits macht: massvoll separativ beschulen. Damit könnte man nicht alle Probleme lösen, aber sie erheblich reduzieren. Wir müssen ehrlicher werden, weniger Ausreden suchen und Verantwortung übernehmen.



Perle 3: «Leichte Sprache» und «Klassiker light»: herablassend und bedenklich

Wo: www.condorcet.ch

Wer: Mario Andreotti

Wann: 6. Mai 2026

Dass viele Jugendliche, aber auch Erwachsene grosse Mühe mit dem Lesen und Schreiben haben, d.h. selbst einfache Texte nicht verstehen und nicht schreiben können, ist hinreichend bekannt. Was das für das Schicksal jedes einzelnen Betroffenen bedeutet, kann sich ausmalen, wer überlegt, welche Rolle sprachliche Kompetenz in seinem eigenen Lebensalltag spielt.

Daher kann es auf den ersten Blick nur verständlich sein, wenn immer mehr öffentliche Institutionen und Ämter, unter ihnen das «Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen», dazu übergehen, ihre Informationen nicht nur in Normalsprache, sondern auch in sogenannt «leichter Sprache» herauszugeben, damit auch Menschen mit kognitiv bedingten Leseschwierigkeiten sie verstehen.

Trotzdem ist das Unterfangen bedenklich, und zwar sowohl aus linguistischer als auch aus sozialer Sicht. Nehmen wir die linguistische Sicht vorweg: Bei der «Leichten Sprache» geht es um eine gänzliche Reduktion der Standardsprache, ja um eine Simplifizierung der Sprache. So werden keine langen Wörter («Umweltschutzgesetz») und schon gar keine Fremdwörter verwendet (nicht «Das war fatal», sondern «Das war schlecht»). Dazu kommen nur kurze Sätze, wobei jeder Satz lediglich eine Aussage enthält («Ich bin Hans Maier. Ich komme aus Bern. Jetzt wohne ich in Luzern.»). Und so werden Sätze in der Passivform («Die Preiserhöhung wurde genehmigt.»), aber auch der Konjunktiv («Man müsste mehr tun.») vermieden, wird der Genitiv in den meisten Fällen durch die präpositionale Fügung «von» ersetzt (nicht «der Besitz des Vaters», sondern «der Besitz vom Vater») und so wird nicht zuletzt auch auf Negationen verzichtet (nicht «Für ungeübte Wanderer nicht geeignet», sondern «Nur für geübte Wanderer»).

Selbst Metaphern, also bildstarke Ausdrücke, sind «verboten». Stattdessen sollen alltagsnahe Wörter verwendet werden (nicht «den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen», sondern «den Überblick verlieren»). Dabei wissen wir aus der kognitiven Linguistik, dass gerade Metaphern das Verständnis unserer komplexen Welt erleichtern. Wer hat schon eine wirkliche Vorstellung von einer Kernwaffenexplosion? Aber wenn ich dafür die Metapher «Atompilz» verwende, kann sich jeder ein Bild von der ungeheuren Wirkung einer solchen Explosion machen. Und wenn «aus allen Rohren gefeuert wird», dann ist das wesentlich anschaulicher, als wenn nur geschossen wird.

Keine Frage: «Leichte Sprache» führt zu einer Verarmung unserer Sprache. Ironie, Witz und all die Zwischentöne, von denen Texte nun einmal leben, lassen sich nur schlecht oder gar nicht in sie übersetzen. Zudem macht die dauernde Wiederholung von Wörtern in der «leichten Sprache» («Max arbeitet im Büro. Das Büro ist im dritten Stock.») einen Text langweilig und damit gerade weniger leicht zugänglich und vor allem weniger lesenswert.

Aber nicht nur das: «Leichte Sprache» führt auch zu einer Verfälschung der Sprache. Einmal abgesehen davon, dass sich komplexe Inhalte kaum in «leichter Sprache» wiedergeben lassen, ist die Übersetzung von der Standardsprache in diese Sprachform stets mit einer Veränderung, ja mit einem Verlust an Information verbunden. Wer beispielsweise Aussagen auf das Nebeneinander von Hauptsätzen beschränken muss, kann keine Kausalbezüge mehr herstellen: «Hanna zieht nach Aarau, weil sie dort arbeitet.»

Zu den linguistischen Bedenken treten soziale Vorbehalte: Die «leichte Sprache» wendet sich, wie eingangs bereits gesagt, an Menschen, die über eine geringe Kompetenz in der deutschen Sprache verfügen. Das führt zu einer höchst problematischen intellektuellen Zweiteilung unserer Gesellschaft und damit zwingend zu sozialer Diskriminierung: Hier die sprachlich Gebildeten, dort die Sprachbehinderten.

Viel nützlicher und vor allem nichtdiskriminierend wäre allgemein eine verständliche Sprache. Angesprochen sind dabei vor allem die öffentlichen Institutionen und Ämter, deren Texte häufig in Fachausdrücken und Fremdwörtern schwelgen oder sich in Schachtelsätzen verstricken, so dass man sie kaum noch versteht. Ihnen muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass gutes Deutsch verständliches Deutsch ist. Und wenn schon Kritik angebracht ist, dann auch am Deutschunterricht an unseren Schulen, in dem vor lauter Stoffhuberei für das Kerngeschäft, das Einüben von Lese- und Schreibkompetenz, oft kaum mehr Zeit bleibt. Es darf nicht sein, dass jeder fünfte Jugendliche die Schule ohne ausreichende sprachliche Kenntnisse verlässt.

«Leichte Sprache» als Ausweg aus dem Dilemma? Wohl kaum, denn es braucht sie nicht. Sie liest sich wie eine Parodie auf behinderte Menschen, die wohlmeinend daherkommt.

Viele Jugendliche, aber auch Erwachsene können selbst einfache Texte nicht verstehen. Was das für ihr Schicksal bedeutet, kann sich ausmalen, wer überlegt, welche Rolle sprachliche Kompetenz im Lebensalltag spielt. «Leichte Sprache» aber liest sich wie eine Parodie auf behinderte Menschen, die wohlmeinend daherkommt.

© stock.adobe.com

Was sich aber schon für Texte in der Alltagssprache als problematisch erweist, ist mit Blick auf literarische Texte höchst bedenklich. Trotzdem bieten renommierte Verlage, wie beispielsweise Cornelsen, seit Jahren sprachlich vereinfachte Versionen literarischer Klassiker wie Goethe, Schiller, Gottfried Keller, Thomas Mann und andere an. Und dies zunehmend auch für den Literaturunterricht an Gymnasien. Die Befürworter dieser vereinfachten Versionen sehen in der Anpassung eine notwendige Massnahme für mehr Bildungsgerechtigkeit. Es gehe darum, ungeübten Lesern und Schülern den Zugang zu komplexen literarischen Texten zu erleichtern.

Doch da gibt es dreierlei zu bedenken. Zum einen verweisen literarische Texte, ganz im Gegensatz zu Texten in der Normalsprache, nicht in erster Linie auf eine ausser ihnen liegende Wirklichkeit, sondern vielmehr auf ihr eigenes Gemacht-Sein. Die Literaturwissenschaft spricht von der Selbstreferenzialität literarischer Texte. Danach beansprucht nicht die Botschaft, sondern die Sprache *als solche* das Hauptinteresse. Sie ist nicht einfach veränderbar, indem man Originaltexte kürzt oder angeblich schwer verständliche Satzkonstruktionen auflöst, ohne dass die künstlerische Eigenart des Originaltextes verloren geht. Dass gekürzte Originaltexte die Lesemotivation fördern, die Freude am Lesen wecken, wie das der Cornelsen Verlag in der Werbung für seine Buchreihe «Klassiker für ungeübte Leser/-innen» behauptet, ist weniger das Ergebnis seriöser Studien als vielmehr Ausfluss von Wunschdenken.

Dazu kommt ein Zweites: Lesen wir ein literarisches Werk, etwa Theodor Fontanes Zeitroman «Effi Briest», dann

kann es uns geschehen, dass bei aufmerksamer Lektüre der Nebel der Fremdheit zu weichen beginnt und wir plötzlich erkennen: Dieses Werk spricht ja von uns, und zwar insofern, als Fontanes Kritik am Ehren- und Sittenkodex des ausgehenden 19. Jahrhunderts auch uns selbst trifft, die wir weitgehend durch unser soziales Umfeld bestimmt sind. Das setzt aber den Originaltext voraus, der die Stimmung der damaligen Zeit vollständig wiedergibt, und nicht einen «kastrierten» Text, der fast ganz auf sein Handlungsgerüst gekürzt ist.

Schliesslich noch ein Drittes: Es gibt heute, selbst an Gymnasien, eine zunehmende Tendenz, alles zu vereinfachen. Das hängt nicht zuletzt mit einem neuen, utilitaristischen Bildungsbegriff zusammen, wonach sich die Bildung an ihrem praktischen Nutzen messen lassen muss. Was diesem Nutzen nicht dient, ist nur Ballast. Die Vertreter dieser utilitaristischen Bildung gehen teilweise so weit, dass sie [...] selbst die Behandlung von Goethes «Faust» im Gymnasium für überflüssig halten. Verwundert es da, dass sprachlich vereinfachte Textausgaben immer mehr auch an Gymnasien genutzt werden, damit sich Frust beim Lesen angeblich vermeiden lässt?

Dass mit dieser «Kastration» der Klassiker ein Kulturverlust einhergeht, wird dabei kaum bedacht. Eine ältere Sprache mit ihren Tücken, eine Sicht auf die Welt, die nicht mehr die unsrige ist, sind nun einmal Teil unserer abendländischen Kultur, der nicht durch sprachliche und inhaltliche Simplifizierungen verloren gehen darf. Solche Simplifizierungen sind kaum geeignet, das Verständnis für die Literatur und ihre Eigengesetzlichkeit zu fördern.